KWP62_Ä1

Kapitel

Initiator*innen: Susanne Petersen (KV Kiel)

Titel: **KWP62_Ä1: Armut bekämpfen**

Text

Von Zeile 19 bis 27:

sie umziehen und findet im schlimmsten Fall keine Wohnung mehr. Häufig wegen weniger Euros. ~~Wir wollen daher zum einen, dass die Duldungsgrenze erhöht wird, in welcher die Stadt die Kosten der Unterkunft weiterhin übernimmt, und zum anderen den Zeitraum erhöhen, den Menschen zum Finden einer neuen Wohnung - z. B. nach einer Mieterhöhung - bekommen. Aber an sich wollen wir verhindern, dass Menschen umziehen müssen, da sie zum einen aus ihrem Umfeld vertrieben werden und zum anderen die Kosten für den Umzug in keinem Verhältnis stehen im Vergleich zu den paar Euro Überschreitung der MOG.~~Wir wollen daher zum einen, dass die Besonderheiten des Einzelfalls, die höhere Kosten als die Mietobergrenze rechtfertigen, einen höheren Stellenwert erhalten.Wir wollen verhindern, dass Menschen aus ihrem gewohnten Umfeld umziehen müssen. Sie sollen ihre Kraft dafür einsetzen können, z.B. durch eine Erwerbstätigkeit aus der Hilfebedürftigkeit heraus zu kommen, statt dass sich ihre Gedanken nur um einen möglichen Auszug und Wohnungssuche auf einem angespannten Wohnungsmarkt drehen müssen. Wir unterstützen eine Clearingstelle Wohnungssuche, in der Hilfebedürftige sich Unterstützung holen können, wenn sie eine Kostensenkungsaufforderung durch die Sozialverwaltung erhalten. Daneben setzen wir uns dafür ein, dass der Bund die Kosten der Unterkunft in Zukunft zumindest anteilig

Von Zeile 30 bis 40:

eingeschränkt ist. Ein vergünstigter ÖPNV ist daher eine notwendige soziale Maßnahme (siehe Kapitel Ticketpreise senken).

~~Wir begrüßen das Programm Teilhabe am Arbeitsmarkt (auch zweiter Arbeitsmarkt genannt) und die erfolgreiche Umsetzung in Kiel.~~Wir begrüßen das Teilhabechancengesetz und möchten uns dafür einsetzen, dass weiterhin viele Arbeitgeber*innen und Langzeitlose die daraus entstehenden Möglichkeiten zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt nutzen. Wir begrüßen, dass auf Bundesebene die Sanktionierung bei Hartz IV ausgesetzt ist, und wir fordern dies dauerhaft.
Für uns ist es wichtig, dass auch in Zeiten verschuldeter öffentlicher Haushalte nicht im Sozialbereich gespart wird und setzen uns dafür ein, dass ~~keine~~die freiwilligen Leistungen der ~~Stadt~~Landeshauptstadt Kiel ~~zurückgefahren werden~~Bestand haben. ~~Wir wollen Hilfsangebote, besonders im Bereich~~Angesichts der ~~Hilfe zur Selbsthilfe, weiter fördern, besonders Energie-, Schuldner-~~vielen Krisen wollen wir prüfen, ob und ~~Rechtsberatungen~~wie bestimmte Angebote noch ausgebaut werden können. Wichtig und richtig ist hierbei, dass die Stadt in den vergangenen Jahren Förderung nach Bedarf und

Von Zeile 42 bis 43:

Bedarf auch mehr Förderung bekommen. Eine starke Wohn- und Sozialpolitik ist die beste Prävention gegen Kriminalität und Extremismus~~.~~ und insbesondere auch aktive Gesundheitsvorsorge

Begründung
Hallo,
teils handelt es sich um Bundesgesetze, so dass hier voraussichtlich nur in der Anwendung durch die Kieler Verwaltung Änderungen geschaffen werden können.
Eine Clearingstelle wurde bereits einmal durch die grünen im Sozialausschuss gefordert und von der Verwaltungsspitze nicht mitgetragen, erscheint aber dennoch hilfreich und zeitgemäß. Ein Hinweis im KWP wäre da sicher gut.
Leider habe ich ein paar Formatierungsfehler eingebaut. Dies war unbeabsichtigt.